



KM-Themenspezial „Wahlkultur“

Ein Rückblick

Erstmals hat sich die Redaktion des Kulturmanagement Network ausführlich den Wahlprogrammen der Parteien im Vorfeld der Bundestag gewidmet und in einer Umfrage Kulturschaffende direkt nach deren Meinung gefragt. Überrascht haben uns so einige Aspekte. Wir bedanken uns bei den Teilnehmern der sehr erfolgreichen Umfrage!

Ein Beitrag von Kristin Oswald, Redaktion Weimar

Im Lauf des September hat die Redaktion von Kulturmanagement Network erstmals in einem umfangreichen Spezial ein Thema über mehrere Wochen hin und von mehreren Gesichtspunkten betrachtet. Dass wir bei diesem Projekt im Zeitraum vor der Bundestagswahl die Kulturpolitik in den Blick nahmen, war in Anbetracht des insgesamt sehr umfangreichen Wahlkampfes naheliegend. Bei diesem waren wie gewohnt die Gesichter der Kandidaten und die Slogans der Parteien zu Mindestlohn, Steuern und Europapolitik allgegenwärtig, Kultur hingegen erneut unterrepräsentiert – und bei den meisten Parteien, eng damit verbunden, auch Netz- und Bildungspolitik.

Für das Spezial untersuchten wir die Programme der sechs Parteien, die ausführliche kulturpolitische Pläne beinhalten: CDU, FDP, SPD, die Linke, die Grünen und die Piraten. Zusätzlich führten wir eine Leserumfrage durch, die mit über 850 Teilnehmern die Einzige dieser Größenordnung zum Thema Kultur vor der Bundestagswahl war. Damit wollten wir ermitteln, welchen Stellenwert Kulturschaffende der Kulturpolitik einräumen und wo sie Schwerpunkte und Herausforderungen für die Zukunft sehen. Da 89,4 Prozent der Teilnehmer zwischen 26 und 65 Jahren alt waren, kennen sie als Kulturmacher und -manager im Arbeitsleben die Rahmenbedingungen im Kulturbereich sehr gut. Trotzdem gab nur etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmer an, die kulturpolitischen Programme der Parteien vor der Bundestagswahl überhaupt anzuschauen – wohl weil man meint, deren Grundsätze zu kennen. Im Gegensatz dazu sagten jedoch 69,2 Prozent, dass Kulturpolitik für sie bei der Entscheidungsfindung, wen sie wählen werden, durchaus eine Rolle spielt. Fast die Hälfte der Befragten würde diese sogar ändern, ginge es um Kulturpolitik allein. Auch die Kommentare der Teilnehmer machten deutlich, dass gegenüber der derzeitigen Situation eine große Unzufriedenheit herrscht, die bei Sparmaßnahmen in der Kultur auch in der Bevölkerung zunehmend zu Unmut führt.

Insgesamt zeigten die Ergebnisse unseres Spezial viele in der Kulturpolitik bestehende Defizite auf, die z.T. weit über den Kultursektor hinausreichen.



... KM-Themenspezial „Wahlkultur“

Dies macht auch der Stellenwert in den Parteiprogrammen selbst deutlich. So hatte das Thema nur bei den Grünen und Piraten einen eigenen Programmpunkt, während es bei den anderen Parteien übergeordneten Vorhaben zugeordnet wurde. Erstaunlich ist dies, da alle Parteien nicht müde werden, die hohe Bedeutung von Kultur zu betonen. So bezeichnet die Mehrheit der Wahlprogramme Kultur als einen zentralen Aspekt der Gesellschaft, der bei der Lösung sozialer Probleme helfen, moralische Werte aufrecht erhalten und Identität stiften kann. Zudem wird die Bedeutung von Kultur, Kreativwirtschaft und Bildung für Arbeitsmarkt, Fortschritt und Wirtschaft hervorgehoben. Aus diesem Grund kann der Wert von Kultur auch für die Parteien nicht durch wirtschaftliche Gesichtspunkte bemessen werden.

Auch wenn Bildung, Hochschule und Kultur auf Länderebene angesiedelt sind und im Wahlkampf aus diesem Grund nur bedingt Versprechungen gemacht werden konnten, beschäftigten sich die Programme aller genannten Parteien mit hier angesiedelten Themen, die Reformen bedürfen. Dazu gehörten Kreativwirtschaft, Kulturfinanzierung, Urheberrecht und Arbeitssituationen im Kultur- und Bildungssektor, wo die Lebensgrundlagen der Menschen, kleinere Projekte und die Geistes- und Kulturwissenschaft zunehmend in eine prekäre Lage geraten. Zudem ist eine Stärkung der Künstlersozialkasse mit Beachtung der besonderen Arbeitsumstände und neuen Tätigkeitsbereiche der Kreativen, z.B. im Internet, zu beachten. Wie bei der auswärtigen und vor allem europäischen Kultur- und Bildungspolitik, wurde der Ausbau der kulturellen Bildung, Vielfalt und Teilhabe innerhalb Deutschlands von allen angestrebt, um mit ihnen Kommunikation, Integration und Toleranz zu wecken und zu vermitteln, soziale Spaltungen und den demografischen Wandel anzugehen. Mit den Themen Urheberrecht, Digitalisierung und E-Learning wurde die Verknüpfung von Kultur-, Medien- und Netzpolitik ebenfalls von allen Parteien aufgegriffen. Einig waren sie sich darüber, dass mit einer neuen rechtlichen Grundlage die Urheber gerade im Internet besser geschützt und zugleich die Möglichkeiten der Umnutzung geschützter Inhalte weiterentwickelt werden müssen. Die Mehrheit wollte auch die Zugänglichkeit zu diesen über Open Access, E-Learning und Digitalisierungen bildungs- und wissenschaftsfreundlicher gestalten.

Trotzdem zeigte sich sowohl bei der Betrachtung der Programme, als auch bei der Umfrage, dass die politischen Pläne die Hoffnungen der Kulturmacher nur bedingt widerspiegeln. Hierbei war festzustellen, dass CDU und FDP meist recht ähnliche Pläne verfolgten, die Bestehendes schützen und sich an Neuerungen herantasten wollten. So sollte das Kooperationsverbot erhalten bleiben, privates Engagement stärker unterstützt, die Exzellenzinitiative und die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ fortgeführt und eine engere Zusammenarbeit von Kultur und Wirtschaft gefördert werden. Auch sollte der Bund als Vorbild die Rahmenbedingungen für Künstler, Kulturmacher und Wissenschaftler sichern. Auch SPD und Linke zeichneten sich durch vielfache Übereinstimmungen aus und zeigten sich offen für neue Tendenzen.



... KM-Themenspezial „Wahlkultur“

Sie wollten das Kooperationsverbot aufheben, um bei den Kulturtätigkeiten der Länder Defizite auszugleichen, und zugleich die Kommunen für regionale Projekte besser ausstatten, eine stärkere Fokussierung auf kulturelle Bildung im schulischen und lebenslangen Lernen vorantreiben, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren und sachgrundlose Befristungen abschaffen. Auch die Förderrichtlinien von Kunst, Kultur und Wissenschaften sollten neu durchdacht werden. Zudem waren Mindestlöhne und neue Regelungen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Kultur und Kreativwirtschaft Teil der Programme. Diesen Punkten standen Grüne und Piraten ebenfalls recht nahe, traten darüber hinaus aber gerade in puncto Open Access, Geltungsdauer und Nutzungsrechten für stärkere Änderungen ein. Um Freiräume zu schaffen, war gerade für die Piraten ein größerer Einfluss der Kulturmacher in Politik und Gremien wichtig.

Uneinig zeigten sich die Leser bei den inhaltlichen Fragestellungen. Eine Reform der Arbeitsbedingungen und eine bessere Absicherung in Kunst und Kultur war mehr als Dreiviertel der Teilnehmer wichtig, die Förderung von Künstlern und Kreativen hielten 57,1 Prozent für notwendig, dicht gefolgt von kultureller Bildung mit 56,5 Prozent. Das Urheberrecht erachten 37,8 Prozent für reformbedürftig, während der Digitalisierung nur 24,7 Prozent und dem Kulturerbe 17,6 Prozent eine politische Präferenz zugestehen. Insgesamt gehen die Meinungen in Richtung einer größeren Nachhaltigkeit in der Kultur, im Bereich der Arbeitsbedingungen ebenso wie in Bezug auf die geförderten Inhalte; Hochkultur und Leuchtturmprojekte würden als Bremse kultureller Vielfalt wahrgenommen. Für 87,4 Prozent war eine stärkere Verknüpfung von Kultur-, Bildungs- und Netzpolitik wichtig. Damit war die Verteilung ähnlich wie bei den Parteien. Die Mehrheit der Teilnehmer stimmte mit 53,2 Prozent für einen kooperativen Kulturföderalismus und 77,2 Prozent für einen Bundeskulturminister. Da mit der derzeitigen Situation nur 5,4 Prozent der Teilnehmer zufrieden sind, lässt sich annehmen, dass jene Hälfte, die kulturpolitisch eine andere Wahlentscheidung treffen würde, eher im konservativ-liberalen Bereich angesiedelt ist, das kulturpolitische Programm und die Verantwortlichkeit für Kultur aber anders angehen würde als dieser. ¶

